Artikel auf t-online vom 29.09.2026 von Florian Harms:

Tagesanbruch: ***Da liegt das wahre deutsche Problem***
Guten Morgen, liebe Leserin, lieber Leser,
das Mittelmaß ist selten ein Ziel, das man sich freiwillig setzt. In der Schule und der Uni gilt eine durchschnittliche Note nicht als Leistungsausweis, der zu Höherem befähigt. Wer sich in Unternehmen mit einer durchwachsenen Performance durchwurschtelt, braucht sich keine Hoffnung auf eine steile Karriere zu machen. Und im Sport landen mittelmäßige Athleten unter ferner liefen.
Dementsprechend hat das Mittelmaß keinen guten Ruf, hierzulande erst recht nicht. In den ersten zwei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg war die deutsche Gesellschaft von einem tiefempfundenen Leistungsstreben durchdrungen: Jetzt wird wieder rangeklotzt, wir schaffen den Wiederaufbau, den Kindern soll es besser gehen! Von schwäbischen Ingenieuren über pfälzische Chemiker bis zu Thüringer Industrieoptikern einte eine ausgeprägte Schaffer-Mentalität die Bevölkerung links und rechts der innerdeutschen Grenze. Mit diesem Elan arbeitete man sich im Westen in die Top drei der globalen Wirtschaftsmächte vor; im Osten verhinderte nur die staatliche Misswirtschaft eine ähnlich gedeihliche Entwicklung. Der Anpacker-Geist galt als deutsche Bilderbuchtugend: tüchtig, einfalls- und notfalls auch entbehrungsreich. Diese Einstellung trug wesentlich zum deutschen Erfolgsmodell bei und bescherte dem Land bis in die 2000er Jahre hinein einen Platz an der Sonne.
Tempi passati. Zwar wähnen sich viele Deutsche heute immer noch an der Weltspitze, wenn es um Einsatzfreude, Wirtschaftskraft und Innovationsgeist geht, doch das grenzt an **Selbstbetrug.** In Wahrheit ist die Republik in entscheidenden Feldern auf Mittelmaß herabgesunken. Die **Industrie,** einst der Stolz der Nation, hat seit 2019 fast **380.000** Arbeitsplätze verloren, in der Autobranche ist jeder siebte Job verschwunden. Chinesen bauen bessere E-Autos, Inder schmieden günstigeren Stahl und schrauben effizientere Solarpanels zusammen. Der **Mittelstand** investiert so wenig wie noch nie seit Beginn der Erhebung vor 30 Jahren – noch weniger als während der Finanzkrise und der Corona-Pandemie, und das will etwas heißen. Die Innovationskraft der Tüftler und Denkler erschlafft. Der staatliche Bürokratismus gibt ihr den Rest.

Internationale Investoren haben ihr Urteil daher längst gefällt: Sieben von zehn Finanzchefs ausländischer Konzerne betrachten Deutschland als überreguliertes Paragrafenlabyrinth und zählen es zu den fünf schwächsten Standorten der EU. Selbst der jüngste Mini-Aufschwung gelingt nur, weil die Regierung das Land mit Schuldengeld flutet. Beim Humankapital sieht es nicht besser aus: In der jüngsten PISA-Bildungsstudie schneidet die Bundesrepublik schlechter ab als je zuvor und dümpelt im Mittelfeld der OECD-Länder herum. Und sogar die Nationalmannschaft kickt nach Schema F, daran ändert auch ein neuer Trainer nichts. "Eine Mannschaft, die so spielt wie Deutschland, hat es verdient, nur noch als Mittelmaß wahrgenommen zu werden", urteilt unser Kolumnist Stefan Effenberg.
Deutschland ist nur noch mittelmäßig: Darüber mag man sich ärgern, wenn dieser Status nicht zum eigenen **Weltbild** passt. Wer die aktuellen Debatten im Land verfolgt, kann den Eindruck gewinnen, dass es tatsächlich viele Bürger maßlos ärgert, mehr noch: Es kränkt sie. Und manche führt es ins Gruselkabinett.
Wie vielerorts in westlichen Demokratien erstarken auch hierzulande Extremisten und Populisten. Die AfD gewinnt Landtagswahlen im Osten und liegt bundesweit in den Umfragen vorn. Die von alten Kadern verlassene und von jungen Aktivisten hochgepuschte Linkspartei triumphiert in Berlin. Radikal sind beide Lager, nur aus unterschiedlichen Perspektiven. Die Rechten führen den Kulturkampf, grenzen Zugewanderte aus und predigen einen chauvinistischen Nationalismus. Die Linken führen den Klassenkampf, wollen alle Grenzen öffnen und unterscheiden nicht mehr zwischen deutschen Staatsbürgern und Menschen anderer Nationalität. In ihrer Verachtung für staatliche Institutionen wie den Verfassungsschutz, in der Anfälligkeit für die Unterwanderung durch kriminelle Gruppen und in ihrem Antisemitismus ähneln beide Lager einander. Kein ausgeglichener und zufriedener Bürger würde solchen Demagogen seine Stimme geben.
Das Problem ist, dass immer mehr Bürger genau das nicht sind: ausgeglichen und zufrieden. Deutschland hat sich zu einer Republik der Gereizten entwickelt. Es wird geklagt, geschimpft und aus vielerlei Gründen auch gelitten.
Die Gründe sind vielfältig: Wirtschaftsschwäche und globaler Wettbewerb, versäumte Reformen und soziale Spaltung, Krisen hier

und Kriege da, überforderte Politiker und das Gift aus Social Media – aber zusätzlich auch eine **schiefe Selbstwahrnehmung.** Es passt nicht zum Weltbild des Durchschnittsdeutschen, nur noch Durchschnitt zu sein. Wenn die Chinesen erfolgreicher, die Inder ambitionierter und sogar die Spanier dynamischer unterwegs sind, bekommt das deutsche Ego einen Knacks.

Das muss nicht von Nachteil sein, es kann auch die Erkenntnis fördern. Womöglich fiele es vielen Zeitgenossen leichter, Einsicht in notwendige Veränderungen zu beweisen, Kompromisse bei Streitthemen zu schmieden, mit Andersdenkenden zivilisiert zu diskutieren und selbst mehr Einsatzbereitschaft zu zeigen, wenn sie eine **realistischere Einschätzung** entwickeln würden: erstens von Deutschlands Stellung in der Welt, zweitens von den beschränkten Möglichkeiten der Bundes- und Landesregierungen und drittens von ihren eigenen Ansprüchen an ein Leben in Sicherheit und Wohlstand. Dann kämen sie vielleicht auf den Trichter, dass die **Mitte** der beste Ort ist, um eine heterogene Gesellschaft zusammenzuhalten. Dass maßvolle Politik langfristig gedeihlicher wirkt als radikale Kurz-schlusshandlungen. Und dass es leichter ist, aus dem akzeptierten Mittelmaß heraus wieder eine Spitzenposition in der Wirtschaft, der Bildung und vielleicht sogar im Fußball anzustreben, als ewig der verlorenen Überlegenheit nachzutrauern und dabei immer weiter zu verbittern.

Einsicht ist der erste Schritt zur Besserung, weiß der deutsche Volksmund. Und der weiß bekanntlich ziemlich gut Bescheid.

Spahn sagt wieder tschüss

Schon die Tatsache, dass der erst im Juli zurückgetretene Unionsfraktionschef Jens Spahn überhaupt in den Haushaltsausschuss des Bundestags berufen wurde, löste Unmut in seiner Partei aus. Ein Versorgungsposten für den nach der Leihmutteraffäre tief gefallenen einstigen Hoffnungsträger? Ging gar nicht, fanden manche. Aber erst die Tatsache, dass Spahn seither an keiner einzigen Sitzung teilnahm und stattdessen in Sardinien urlaubte, verärgerte die Kollegen der Fraktions-Arbeitsgruppe Haushalt so gründlich, dass Forderungen nach Spahns **Rauswurf** ertönten. Die Fraktionsspitze versuchte zu intervenieren und die Gemüter mit einer Bewährungsfrist bis Ende des Jahres zu beruhigen – vergebens.

Gestern hat der 46-jährige Ex-Maskenminister selbst die Reißleine gezogen und seinen Sitz im Ausschuss abgegeben.
Der Fall Spahn steht damit nicht nur beispielhaft für jene Sorte Politiker, die im Laufe ihrer Karriere jede Bodenhaftung verliert und so der Glaubwürdigkeit ihres ganzen Berufsstands schadet. Siehe auch **Philipp Amthor** mit seinem Strandkörbchen im Kanzleramt. Sie zeigt darüber hinaus, dass der neue Fraktionschef **Thorsten Frei** die Lage falsch eingeschätzt hat und seine Autorität schon nach zwei Monaten im Amt erschüttert ist. In Zeiten, da die schwarz-rote Regierungskoalition um die Fortsetzung ihres Reformkurses ringt, könnte sich das noch als fatal erweisen. Denn längst betätigt sich nicht nur die SPD als Bremserin bei **Rente** und **Pflege.** Auch in der Union gibt es Abgeordnete, die bereits erzielte Kompromisse wieder infrage stellen. Bald wird Frei zeigen müssen, ob er seine Reihen geschlossen halten kann. Gelingt es ihm nicht, wird es eng für Merz' Regierung.
Normalerweise empfangen Staatspräsidenten keine regionalen Regierungschefs. Doch der türkische Präsident **Recep Tayyip Erdoğan** machte gestern eine Ausnahme von dieser protokollarischen Regel und gewährte **Hendrik Wüst** eine 50-minütige Audienz in seinem Palast in Ankara. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident bereist das Land anlässlich des 65. Jahrestags des deutsch-türkischen **Anwerbeabkommens,** mit dem 1961 die Zuwanderung Hunderttausender türkischer Arbeitskräfte in die Bundesrepublik begann.
Das Treffen mag vor allem dem Umstand geschuldet sein, dass in NRW heute eine Million Menschen mit türkischen Wurzeln leben. Es bedeutet aber auch eine Aufwertung für Wüst, den viele als möglichen Nachfolger des strauchelnden Kanzlers handeln. Inwieweit bei der Unterredung die üble Menschenrechtslage in der Türkei zur Sprache kam, blieb unklar. Heute will Wüst nach **Istanbul** weiterreisen, wo unter anderem eine Wirtschaftskonferenz auf ihn wartet (oder er auf sie).

Merz macht Tür auf
Während sein Parteifeind, pardon, -freund, im Morgenland weilt, hofiert Friedrich Merz ebenfalls einen hohen Gast: Heute Nachmittag empfängt der Kanzler den kasachstanischen Präsidenten **Kassym-Schomart Tokajew.** Bei dem Treffen dürften vor allem neue

Kooperationen bei Rohstoffen, Energie, Industrie und Transport auf der Agenda stehen. Das zentralasiatische Land ist Deutschlands wichtigster Wirtschaftspartner in der Region und zeigt sich interessiert an einer strategischen Partnerschaft. Enge Beziehungen unterhält Kasachstan im Rahmen seiner pragmatischen Außenpolitik allerdings auch zu Moskau und Peking.

Die arktische Inselgruppe Spitzbergen ist eine demilitarisierte Zone. Das könnte zum Problem werden, denn Russland verfolgt einen aggressiven Plan, schreibt unser Reporter Tobias Schibilla.

Mit einem neuen Tankrabatt versucht die Bundesregierung, die hohen Spritpreise zu drosseln. Dabei gäbe es klügere Mittel – man muss nur wollen, meint unser Kolumnist Uwe Vorkötter.

Die Pflegekasse ist chronisch klamm. Ein erstes Gesetz soll das akute Loch stopfen, bevor die strukturelle Reform erarbeitet wird – doch plötzlich biegt die SPD ab, berichten unsere Reporter Daniel Mützel und Johannes Bebermeier.